

Robo-Rat für Trendwende

Utl.: Neues Beratungsgremium soll Empfehlungen zum Umgang mit Robotern erarbeiten.

Quelle: wiennerzeitung.at, 24.8.2017

Alpbach/Wien. Roboter und andere potenziell auf Künstlicher Intelligenz (KI) basierende Systeme werden sich das Vertrauen der Menschheit erst erarbeiten müssen, meinen Experten. Eine aktuelle Umfrage zeigt auch eine gewisse differenzierte Sicht der österreichischen Bevölkerung auf die neuen Begleiter. Zwar sei mehr als die Hälfte der Befragten „zuversichtlich“ oder „begeistert“, dass Maschinen immer mehr Aufgaben im Haushalt übernehmen. Anders sieht es aus, wenn es sich um den Einsatz von Robos in der Arbeitswelt oder im Gesundheitswesen handelt. Jeder zweite der Befragten ist „besorgt“ oder „verärgert“. Das Infrastrukturministerium setzt deshalb ein neues Gremium ein, das die Politik beraten soll – den Robo-Rat.

Die Österreicher würden viele Erwartungen und Sorgen mit Robotern verknüpfen, die man ernst nehmen müsse, erklärte Infrastrukturminister Jörg Leichtfried Donnerstag Vormittag bei einer Pressekonferenz im Vorfeld der Alpbacher Technologiegespräche. Eine Million Euro hat er daher für einen eigenen Roboter-Rat in die Hand genommen, um Strategie zu entwickeln, „wo wir in den nächsten zehn bis 20 Jahren hinwollen. Wir wollen die Chancen nutzen und die Risiken im Griff haben“, betonte der Minister. Wesentlich sei, „dass der Mensch immer im Mittelpunkt der Entwicklung steht und Roboter das Leben der Menschen verbessern“.

Skepsis der Österreicher

Die Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Sora zeigt: Je persönlicher es wird, desto skeptischer werden die Österreicher bei Robotern. Deshalb bedürfe es Empfehlungen seitens eines Beratungsgremiums. Der von der Wirtschaftswissenschaftlerin Sabine Köszegi geleitete Robo-Rat soll erörtern, wo und wie die Technologie eingesetzt werden kann und soll. Etwa was Roboter in der Pflege tun könnten, was es für Folgen hätte, wenn Kinder mit Robotern aufwachsen, oder wer haftet, wenn etwas schiefgeht.

Fortschrittlich zeigten sich tags zuvor auch der Präsident der Industriellenvereinigung, Georg Kapsch, und der Vorsitzende des Rates für Forschung und Technologieentwicklung (RFT), Hannes Androsch. Es gelte vor allem, die Potenziale der Digitalisierung zu nutzen und sich nicht in „Retro-Träumereien“ zu verlieren, betonte der RFT-Vorsitzende. Wir leben in einer ähnlichen Umbruchszeit wie vor 250 Jahren vom Agrar- zum Industriezeitalter. Der Wandel vom Industrie- zum Digitalzeitalter laufe aber viel rascher und disruptiver ab. Nichtsdestotrotz müsste man sich auf die neuen Möglichkeiten einstellen – sie seien eine Chance und eine Herausforderung, so Androsch.

Als Beispiel für künftige Entwicklungen nannte er etwa die Präzisionsmedizin, die das Spitalswesen reformieren werde. In der Industrie gehe es darum, die Möglichkeiten so rasch wie möglich zu nutzen, „damit wir nicht unter die Räder kommen“.

Faule Kompromisse

Das Generalthema des Forum Alpbach, „Konflikt und Kooperation“, passt demnach genau zur Diskrepanz, die sich nicht nur bei der Digitalisierung und in weiterer Folge bei der Künstliche Intelligenz zeigt. Kapsch kann dennoch wenig damit anfangen, wie er betonte. „In Österreich sind wir konfliktscheu, es gibt oft faule Kompromisse.“ Beide Begriffe, Konflikt und Kooperation, seien per se weder gut noch schlecht. Während ein grundsätzliches Konfliktpotenzial um Ressourcen wie Geld, geistiges Eigentum oder hoch qualifiziertes Personal bestehe, seien Konflikte auch kreativitätsfördernd.

Weiteres Konfliktpotenzial ortet der IV-Chef in der fragmentierten Forschungsförderungslandschaft und der Aufteilung der Forschungsagenden auf mehrere Ministerien. Der Fokus liege zu sehr auf Zahlen wie der Höhe der Forschungsquote, für ihn nur eine Ausprägung von einer Art generellem „Inputfetischismus“ in österreichischen Forschungsangelegenheiten. Auch sieht Kapsch die Leistungen von Großunternehmen für die Forschung in Österreich nicht genug anerkannt.

Kooperation wiederum sei nicht automatisch positiv, denn es gehe immer auch um Eigeninteressen. Wo die Zusammenarbeit jedenfalls verbesserte gehöre, sei zwischen Unis, Fachhochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen bzw. Unis und Unternehmen. Das Grundproblem über alle Bereiche: „Es gibt nicht zu wenig Geld in dem Land, es ist nur falsch verteilt.“